

Quelle: Hessische/Niedersächsische Allgemeine (HNA)
vom 09. 06.2008

Ressort: Politik

Rubrik: Mantel



"Viele können nicht mehr"

Interview mit Berthold Huber, Vorsitzender der IG Metall

Von Rasmus Buchsteiner

Rechnen Sie nach den ersten Warnstreiks mit einer Eskalation bis hin zum bundesweiten Arbeitskampf?

Berthold Huber: Wir setzen noch auf eine Verständigung mit den Arbeitgebern! Aber sie sollten auch wissen, dass wir kampfbereit sind: Wenn sich die Arbeitgeber nicht bewegen, ist der nächste Schritt der Arbeitskampf. Wir wollen eine flexible Altersteilzeit-Regelung und keine Minimal-Lösung. Die Sache wird nicht einfacher, wenn wir sie verschieben. Ich kann die Arbeitgeber nur davor warnen, weiter zu verzögern. Wir benötigen eine Lösung noch vor der Sommerpause.

Was sind denn Ihre Mindestanforderungen für einen Tarifvertrag zur Altersteilzeit?

Huber: Die Beschäftigten müssen zu erträglichen Bedingungen in den Ruhestand gehen können, bevor sie das gesetzliche Rentenalter erreichen. In der Metall- und Elektroindustrie arbeiten die meisten Beschäftigten unter hohem Leistungsdruck an den Bändern. Viele können nach Jahrzehnten im Betrieb einfach nicht mehr bis zum gesetzlichen Rentenalter arbeiten.

Die Politik will just längere statt kürzere Lebensarbeitszeiten ...

Huber: Das ist weltfremd und hat mit der Realität in den Betrieben wenig zu tun. Über 70 Prozent der Bevölkerung lehnen die Erhöhung des Rentenalters ab. Es müssen andere Lösungen her. Alles andere ist jenseits der Lebens-

wirklichkeit der meisten Beschäftigten. Die Arbeitgeber dürfen sich hier nicht länger verweigern.

Warum lehnen Sie die Vorstellungen der Arbeitgeber ab?

Huber: Uns liegt bisher kein vernünftiges Angebot vor. Heute wird Alterszeit noch staatlich gefördert, falls für die ausscheidenden Kollegen jüngere Arbeitslose und Ausgebildete nachrücken. Die Arbeitgeber haben sich aus ideologischen Gründen geweigert, mit uns gemeinsam für eine Verlängerung dieser Förderung über 2009 hinaus einzutreten. Für uns gilt deshalb: Die Altersteilzeit muss tarifvertraglich besser abgesichert werden. Es gilt das Verursacherprinzip. Wer Arbeitnehmer über Jahrzehnte an den Fließbändern schuften lässt, bis sie nicht mehr können, ist in der Pflicht, flexible Übergänge zur Rente mitzufinanzieren.

Mit einer Verlängerung der staatlichen Förderung rechnen Sie nicht mehr?

Huber: Dafür müsste die Union ihre Position komplett über den Haufen werfen! Die Humanität einer Gesellschaft zeigt sich auch in der Art und Weise, wie mit denen umgegangen wird, die über 35 oder mehr Jahre Leistungsträger waren und sich an den Bändern verausgabt haben. Wir werden nicht hinnehmen, dass diejenigen kräftige Einbußen hinnehmen müssen, die jahrelang zum Wohlstand dieser Republik beigetragen haben. Ihrer Lebensleistung wird die Politik mit der Rente mit 67 nicht gerecht.